Deutscher Bundestag
13. Wahlperiode

Drucksache 13/4111

14. 03. 96

Beschlußempfehlung und Bericht

des Finanzausschusses (7. Ausschuß)

zu dem Entschließungsantrag der Abgeordneten Kristin Heyne, Christian Sterzing, Antje Hermenau, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 13/3209 –

zu der Erklärung der Bundesregierung
Aktuelle Fragen der Europapolitik, insbesondere Vorschau auf die Tagung des Europäischen Rates in Madrid
am 15./16. Dezember 1995

A. Problem

Mit dem vorliegenden Entschließungsantrag soll die Bundesregierung insbesondere aufgefordert werden, sich einer offenen Diskussion über Chancen und Risiken der Europäischen Währungsunion zu stellen und sich für eine begleitende europäische Umwelt- und Sozialpolitik einzusetzen.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags.

Mehrheit im Ausschuß

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Keine

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Entschließungsantrag – Drucksache 13/3209 – abzulehnen.

Bonn, den 6. März 1996

Der Finanzausschuß

Carl-Ludwig Thiele	**Christine Scheel**
Vorsitzender	Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Christine Scheel

I. Verfahrensablauf

Die Vorlage wurde dem Finanzausschuß in der 77. Sitzung des Deutschen Bundestages am 7. Dezember 1995 zur federführenden Beratung und dem Ausschuß für Wirtschaft, dem Ausschuß für die Angelegenheiten der Europäischen Union und dem Haushaltsausschuß zur Mitberatung überwiesen. Der Ausschuß für Wirtschaft hat den Entschließungsantrag am 31. Januar 1996 beraten, der Haushaltsausschuß am 28. Februar 1996. Der Ausschuß für die Angelegenheiten der Europäischen Union hat die Vorlage am 6. März 1996 beraten, genauso der federführende Finanzausschuß.

II. Inhalt des Antrags

In dem Entschließungsantrag soll die Bundesregierung u. a. aufgefordert werden, sich offen der Debatte über die Vor- und Nachteile der Währungsunion zu stellen, sich für eine begleitende europäische Sozialpolitik einzusetzen, einer soliden Haushaltspolitik Vorrang vor der Einhaltung des Zeitplans einzuräumen und sich für ein neu zu definierendes europäisches Währungssystem einzusetzen. Darüber hinaus soll bei extremen Belastungen eines Teilnehmerlandes, z. B. durch eine Strukturkrise oder eine Naturkatastrophe, der Wegfall des Ausgleichsmechanismus „Währungsabwertung" durch befristete Unterstützung durch die EU ausgeglichen werden.

III. Stellungnahme der mitberatenden Ausschüsse

Der Ausschuß für Wirtschaft hat mehrheitlich empfohlen, den Entschließungsantrag abzulehnen. Der Beschluß wurde mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der Mitglieder der Fraktion der SPD und bei Abwesenheit der Mitglieder der Gruppe der PDS gefaßt.

Der Haushaltsausschuß hat mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Gruppe der PDS empfohlen, die Vorlage abzulehnen.

Der Ausschuß für die Angelegenheiten der Europäischen Union hat den Entschließungsantrag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der Fraktion der SPD abgelehnt.

IV. Ausschußempfehlung

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat den Entschließungsantrag im federführenden Finanzausschuß aufrechterhalten, obwohl die „Vorschau auf die Tagung des Europäischen Rates in Madrid am 15./16. Dezember 1995" durch Zeitablauf überholt sei, da die inhaltlichen Aspekte nach wie vor relevant seien.

Der Entschließungsantrag wurde mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen bei Nichtbeteiligung der Fraktion der SPD an der Abstimmung gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der Gruppe der PDS abgelehnt.

Die Koalitionsfraktionen begründen ihre Ablehnung insbesondere damit, daß die in dem Entschließungsantrag geforderte befristete Unterstützung durch die EU bei extremen Belastungen eines Teilnehmerlandes (z. B. durch eine Strukturkrise oder eine Naturkatastrophe) für nicht vertretbar gehalten werde. Die Europäische Union dürfe keine „Transferunion" werden.

Die Fraktion der SPD hat sich an der Abstimmung nicht beteiligt, da sie den Entschließungsantrag wegen Zeitablaufs für erledigt hält.

Bonn, den 6. März 1996

Christine Scheel

Berichterstatterin

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, 53113 Bonn
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon: 02 28/3 82 08 40, Telefax: 02 28/3 82 08 44
ISSN 0722-8333